

Neuer Diskussionsbeitrag zur möglichen künftigen Gebietsstruktur in der

Region Braunschweig – Salzgitter – Wolfsburg

von Oberbürgermeister Frank Klingebiel vom 03.02.2014

1) Anlass

- Scheitern der Fusionsverhandlungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Landkreis Helmstedt durch ein klares „Statement/Machtwort“ des Innenministers Pistorius (Gefährdung braunschweiger Interessen und damit der regionalen Balance) am 08.11.2013
- Beschluss der Nds. Landesregierung am 10.12.2013 zur Einführung von vier neuen staatlichen Behörden in der Fläche (Landesämter für regionale Landesentwicklung in Lüneburg, Hildesheim, Braunschweig und Oldenburg) unter der Leitung einer politischen Beamtin oder eines politischen Beamten zum 01.01.2014 bei gleichzeitiger Auflösung der drei Regierungsvertretungen in Lüneburg, Braunschweig und Oldenburg (Referate des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport)
- Ernennung des bisherigen Landrates Wunderling-Weilbier zum Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung Braunschweig zum 01.01.2014
- Regionalgespräch am 27.01.2014 von Innenminister Pistorius im Ministerium in Hannover unter Beteiligung des Landesbeauftragten Wunderling-Weilbier mit kommunalen Spitzenvertretern der Städte Wolfsburg und Braunschweig und der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel (ohne Stadt Salzgitter)

2) Ausgangslage

- Auch nach der Gemeindereform 1972 – 1974 finden sich gerade im ehemaligen Regierungsbezirk Braunschweig sehr viele kleinteilige kommunale Gemeindestrukturen
- Abschaffung der Bezirksregierungen und Einrichtung von Regierungsvertretungen als Referate des Ministeriums für Inneres und Sport zum 01.01.2005 – also Einführung des zweistufigen Verwaltungsaufbaues im Land Niedersachsen
- Ständige Aufgabenzuweisungen – über viele Jahre also - durch den Bund und das Land Niedersachsen an die nds. Kommunen ohne volle Kostenerstattungen führten zu einem dramatischen Anstieg des Kassenkreditbestandes aller nds. Kommunen auf einen Höchststand von fast 5,0 Milliarden Euro in 2010 (mit Stand 30.09.2013 immer noch 4,057 Milliarden Euro) – also zu einer strukturellen Unterfinanzierung der nds. Kommunen
- Demographische Entwicklung (dramatischer Bevölkerungsrückgang, Überalterung der Bevölkerung und „Absacken“ des Bildungsniveaus)
- Region BS-SZ-WOB ist das wirtschaftliche Kraftzentrum Niedersachsens und Heimat der unsere nds. Wirtschaft prägenden Weltkonzerne Volkswagen AG und Salzgitter AG (Industrie- und Mobilitätsregion Nr.1)

3) Diskussionsbeiträge und Beschlusslagen in der Region BS-SZ-WOB

- 31.08.2004 Thesenpapier von OB Dr. Hoffmann zur Entwicklung der Region Braunschweig nach Abschaffung der Bezirksregierungen zum 01.01.2005 (u.a. Stärkung der Rolle des Zweckverbandes Großraum Braunschweig –ZGB- durch Übertragung weiterer Aufgaben auf den ZGB)
- 2007 Vorschlag von OB Klingebiel zur Stärkung und größeren demokratischen Legitimierung des ZGB (Aufgabenerweiterung des ZGB und Direktwahl von Zweckverbandsdirektor und Zweckverbandsversammlung)
- 2008 Vorschlag von OB Dr. Hoffmann zur Bildung einer Großregion Braunschweig unter Auflösung der fünf Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel sowie Einkreisung der drei kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg
- 2011 Beginn von Fusionsverhandlungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Landkreis Helmstedt
- 28.01.2013 Thesenpapier von regionalen SPD-Spitzenpolitikern zur Weiterentwicklung des ZGB zu einem Regionalverband Braunschweig
- 08.11.2013 Scheitern der Fusionsverhandlungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Landkreis Helmstedt
- 2013 diverse Beschlüsse von Kreistagen und Räten in der Region zur Prüfung von verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit bis hin zur Aufnahme von Fusionsverhandlungen

4) Bewertung

- Eine Gebietsreform löst die strukturelle Unterfinanzierung und die demographischen Probleme vieler kommunaler Gebietskörperschaften nicht. Weder die Finanzausstattung, noch die Bevölkerungsentwicklung, noch die Überalterung, noch das Bildungsniveau lassen sich durch eine Gebietsreform beeinflussen. Die Synergien, die durch größere Verwaltungseinheiten nach einer Gebietsreform zu erzielen sein würden, lassen sich auf der Kreisebene weitgehend auch in den bestehenden Gebietsgrenzen durch gemeinsame Aufgabenerledigung und interkommunale Zusammenarbeit realisieren – sofern Landes- und Kommunalpolitik zu einer Aufgabenübertragung – und somit auch zur Abgabe von Einfluss – tatsächlich und mit allen Konsequenzen bereit sein sollte.
- Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik muss vielmehr das „Übel an der Wurzel packen“ (insbesondere: Maßnahmen zur Steigerung der geringen Geburtenrate von 1,2 Kindern, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine aktive Einwanderungs- und Integrationspolitik, zu einer angemessenen kommunalen Finanzausstattung)
 - Angemessene kommunale Finanzausstattung
 - Strikte Einhaltung der Konnexität bei Aufgabenzuweisungen des Bundes oder Landes Nds. an die Kommunen (z.B. Rechtsanspruch auf Kita- und Krippenplatz, Inklusion)
 - Nachhaltige Entlastung der Kommunen z.B. durch die Übernahme der Grundsicherung und Eingliederungshilfe durch den Bund
 - Demographie-Maßnahmen
 - Aktive Kinder-, Familien- und Bildungspolitik als Standortfaktor für Wirtschaft und Kommunen (z.B. Abschaffung der Kita-Gebühren,

dritte Kraft in Krippen, flexible und verlässliche Betreuungsangebote in Kitas und Schulen)

- Verstärkung und Konzentration der öffentlichen Finanzmittel in diesem Politikfeld

Die Stadt Salzgitter hat bewiesen, dass eine klare Schwerpunktsetzung in der kommunalen Kinder-, Familien- und Bildungspolitik und deren konsequente und nachhaltige Umsetzung Wirkung zeigt. Hat die Stadt bis zur kommunalpolitischen Schwerpunktsetzung im Jahre 2007 über Jahrzehnte (mit Ausnahme einiger weniger Jahre nach der Grenzöffnung) jährlich ca. 1.000 Einwohner verloren, konnte sie diesen Trend in den letzten 7 Jahren kontinuierlich abmildern und hat im Jahr 2013 - erstmalig seit 20 Jahren - einen Zuwachs von 61 Einwohnern zu verzeichnen (Differenz zur Ausgangslage = 1.061 Einwohner).

- Haltung der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung und der jetzigen SPD/Grünen-Landesregierung, in der Frage der Neuordnung kommunaler Strukturen nur auf Freiwilligkeit zu setzen, ist nicht zielführend und birgt letztlich die Gefahr von Zersplitterung und Flickwerk. Die Landesregierung darf sich nicht auf eine Moderatorenrolle beschränken und sich so aus der Verantwortung ziehen. Es muss sich zumindest die Frage stellen, welches Leitbild herrschen soll. Welche Mindestgrößen sollten zum Beispiel Gemeinden und Kreise haben? Die **Landesregierung** ist in der **Pflicht**, ihre Steuerungsfunktion aktiv mit **eigenen Vorschlägen** zur Gebietsstruktur in ganz Niedersachsen wahrzunehmen. Das gilt auch, wenn sich die Landesregierung im Landtag nur auf eine 1-Stimmenmehrheit stützen kann. **Sinnvoll wäre bei diesem Zukunftsthema die Schaffung eines breiten politischen Konsenses durch Einbindung der Landtagsopposition bei einer Leitbilddebatte. Denkbar wäre auch die Einrichtung einer Enquetekommission.**

5) Weiterer Diskussionsansatz für Ostniedersachsen

- **Drei-Zentren-Modell**
Stärkung und Belegung des oberzentralen Verbundes der drei kreisfreien Städte BS-SZ-WOB durch Auflösung der Landkreise Peine und Helmstedt und Eingliederung einiger Gemeinden/Samtgemeinden dieser Landkreise in die drei kreisfreien Städte sowie Zuordnung einiger Gemeinden/Samtgemeinden dieser Landkreise in die Landkreise Wolfenbüttel und Hildesheim (ggf. Gifhorn)

Was spricht für das Drei-Zentren-Modell?

Die drei kreisfreien Städte BS-SZ-WOB sind mit ihren bedeutenden Wirtschaftsunternehmen – insbesondere den beiden Weltkonzernen Volkswagen AG und Salzgitter AG – und ihren Wissenschafts- und Technologieeinrichtungen nicht nur das Wirtschafts- und Kraftzentrum der Region, sondern im Grunde des ganzen Landes. Die hohe Zahl an qualifizierten Arbeitsplätzen und die attraktiven Lebens- und Wohnbedingungen in den drei kreisfreien Städten sind der Lebensnerv und der Magnet dieser

Region. Dies gilt es im Interesse der gesamten Region und auch des Landes zu stärken und auszubauen:

Die kreisfreien Städte Braunschweig und Wolfsburg benötigen dringend Fläche, um sich weiter positiv entwickeln zu können. Dem ist Rechnung zu tragen.

Die kreisfreie Stadt Salzgitter als drittgrößter nds.

Industriestandort benötigt als Einwohnerinnen und Einwohner auch diejenigen, die in Salzgitter arbeiten und die gesamte Infrastruktur der Stadt regelmäßig nutzen, aber im unmittelbaren Umland wohnen und insoweit nicht zur Finanzierung der Infrastruktur beitragen. Dem ist Rechnung zu tragen.

Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Mein Vorschlag ist den anliegenden Schaubildern 1 (Status Quo) und 2 (Drei-Zentren-Konzept – Variante A) zu entnehmen.

- Desweiteren könnte der Landkreis Goslar ganz oder teilweise mit dem Landkreis Wolfenbüttel, der um Gemeinden/Samtgemeinden des dann aufgelösten Landkreises Helmstedt erweitert werden könnte, und/oder mit dem Landkreis Hildesheim fusionieren. Mein Vorschlag ist dem anliegenden Schaubild 3 (Drei-Zentren-Konzept Variante B 1 und 2) zu entnehmen.
- Damit würden mit Blick auf Einwohnerzahlen und Wirtschaftskraft langfristig tragfähige Kommunalstrukturen (3 kreisfreie Städte BS-SZ-WOB und 2 Landkreise – nämlich Gifhorn und Harzvorland) entstehen, die inhaltlich flankierend aktive Kinder-, Familien- und Bildungspolitik zur Stabilisierung betreiben müssten.
- Schaubilder 1 (Status Quo), 2 (Drei-Zentren-Konzept – Variante A) und 3 (Drei-Zentren-Konzept Variante B 1) und 4 (Drei-Zentren-Konzept Variante B 2)

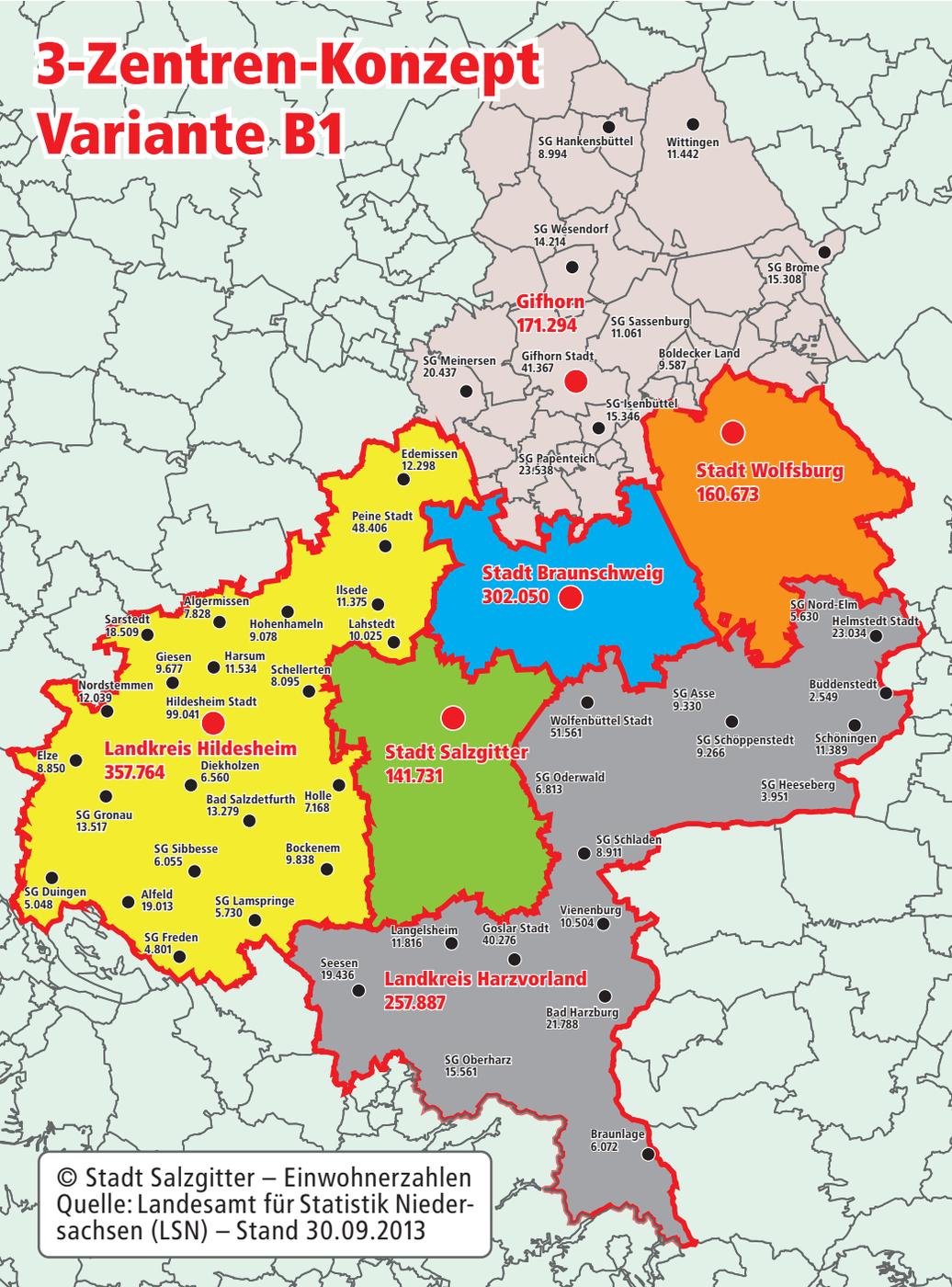
6) Landesregierung

- Ich erwarte, dass die Landesregierung ihre Steuerungsfunktion wahrnimmt und meinen Diskussionsvorschlag eines Drei-Zentren-Modells in ihre Überlegungen mit einbezieht.
- Selbstverständlich ist, dass die Landesregierung ihre Vorstellungen zu einer möglichen Neuordnung der kommunalen Strukturen zunächst ausführlich mit den Kommunalpolitikern, den Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten sowie den betroffenen Landtagsabgeordneten diskutiert, um eine breite Akzeptanz zu schaffen.
- Das Land Niedersachsen muss in diesen - von ihm zu betreibenden - Prozess über mehrere Jahre hinweg seine Finanzmittel in der Region BS-SZ-WOB konzentrieren (wie in Hannover zu Zeiten der EXPO).

Frank Klingebiel

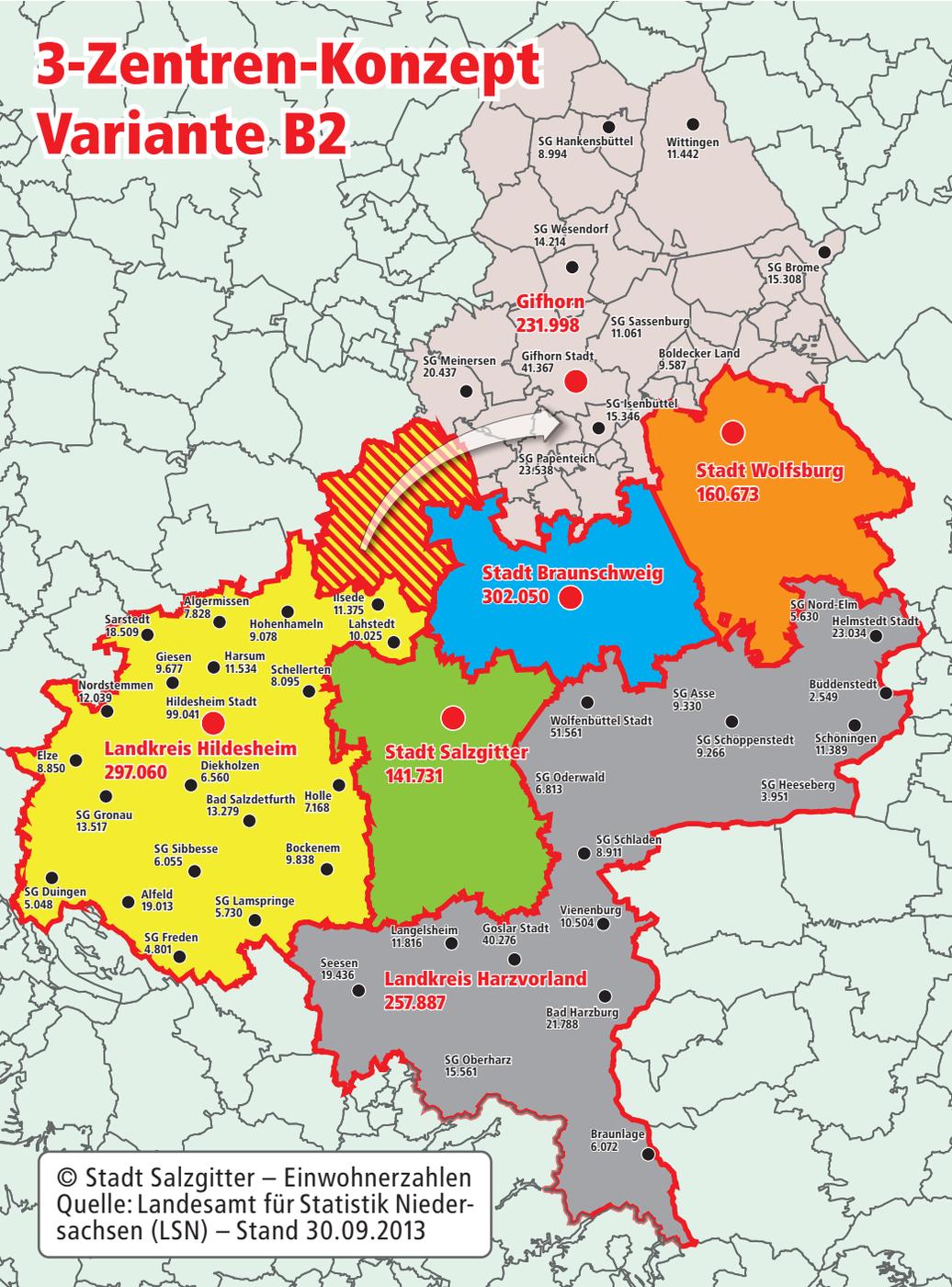
Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter

3-Zentren-Konzept Variante B1



© Stadt Salzgitter – Einwohnerzahlen
Quelle: Landesamt für Statistik Nieder-
sachsen (LSN) – Stand 30.09.2013

3-Zentren-Konzept Variante B2



© Stadt Salzgitter – Einwohnerzahlen
Quelle: Landesamt für Statistik Nieder-
sachsen (LSN) – Stand 30.09.2013